

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur

- Gegen Empfangsbestätigung -

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

**Verbandsgemeindeverwaltung
Nastätten
-Verbandsgemeindewerke-
Bahnhofstraße 1**

Kirchstraße 45
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 152-100
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

56355 Nastätten

15.06.2011

Mein Aktenzeichen	Ihr(e) E-Mail bzw. Telefonat vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
33-KA 4832	07.06. und 10.06.2011	Oliver Lankes	02602 152-160
Bitte immer angeben!	---	Oliver.Lankes@sgdnord.rlp.de	0261 120-888160

Vollzug der Wassergesetze;

Antrag vom 07.06. bzw. 10.06.2011 auf Änderung der Erlaubnis i.d.F vom 17.06.2010 zur Einleitung von Abwasser aus der **Kläranlage „Niederwallmenach“ (Umbau/Optimierung)** und den vorgeschalteten Entlastungsanlagen in verschiedene Gewässer (alle III. Ordnung)

B e s c h e i d

Aufgrund der §§ 8, 9, 10 und 57 WHG i.V.m. § 26 Abs. 2 LWG sowie aufgrund des § 4 AbwAG i.V.m. den Bestimmungen des LAbwAG ergeht folgende Entscheidung:

I. Erlaubnisänderung

Die der Verbandsgemeinde Nastätten mit Bescheid der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur, vom **18.03.2008**, geändert am **27.05.2009**, **07.10.2009** und **17.06.2010**, Az.: 33-KA 4832, erteilte Erlaubnis für die Einleitung von Abwasser in Gewässer wird wie folgt geändert:

1/11

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 462, 480, 481
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten
Kirchstraße
Parkplatz „Kalbswiese“ an
der Fröschpfortstraße

1. Zweck, Art und Maß der Benutzung

Die erlaubte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des in den Ortslagen Rettershain, Nieder- und Oberwallmenach sowie des Schlachthofes Bayer (Niederwallmenach) anfallenden Abwassers aus der Kläranlage „Niederwallmenach“, sowie von Mischwasser aus einem Regenüberlauf (RÜ) und 2 Regenüberlaufbecken (RÜB). Das Abwasser wird der Kläranlage „Niederwallmenach“ überwiegend im vorhandenen Mischsystem bzw. teilweise im Trennsystem zugeführt. Zu diesem Zweck ist die Verbandsgemeinde Nastätten befugt, aus dem in der Übersichtskarte (vom 12.04.2010, M 1 : 5.000) dargestellten Einzugsgebiet,

- a) Schmutzwasser (häuslich, gewerblich und industriell)
und das damit unvermeidbar abfließende Fremdwasser
- b) Mischwasser
wie folgt einzuleiten:

Ifd. Nr.	Abwas-serart	aus	auf dem Grundstück Flur	Flurstück-Nr.	Gemarkung	in ein Gewässer
1	a) + b)	KA	33	38/1	Niederwallmenach	Niedergrundbach *2
2	b)	KA _(RÜB)	33	38/1	Niederwallmenach	Niedergrundbach*2
3 a)*	b)	RÜ	8	42/3	Oberwallmenach	namenlos
b)*	b)	RÜ	8	42/3	Oberwallmenach	namenlos
4 a)*	b)	RÜB	23	47	Niederwallmenach	Stößbach
b)*	b)	RÜB	23	47	Niederwallmenach	Stößbach
5 a)*	b)	RÜB	2	43/4	Rettershain	Forstbach
b)*	b)	RÜB	2	43/4	Rettershain	Forstbach

Hinweise:

1. * a)= momentane Einleitung; b) = Einleitung nach Umbau/Neubau
2. *2 = gemeinsame Einleitungsstelle

...

2. Dauer der Erlaubnis

Die Erlaubnis ist widerruflich. **Sie wird für die Einleitungen unter Ziffer 3 a), 4 a) und 5 a) befristet bis zur Umsetzung der notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen, längstens jedoch bis zum 31.08.2011.**

....

III. Wasserbehördliche Anordnungen

1. Die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen (Kläranlage und Entlastungsanlagen) sind **bis spätestens zum 31.08.2011** umzusetzen.

2. Entsprechend der vom Ing.-Büro Siekmann & Partner aufgestellten Schmutzfrachtberechnung (vom 14.02.2010) ist **bis spätestens zum 31.08.2011** an den v.g. Mischwasserentlastungen die zur Kläranlage ablaufende Mischwassermenge wie folgt einzustellen:

Nr.	Mischwasserentlastung	Drosseleinstellung (l/s)
1	RÜ Oberwallmenach	von derzeit $Q_m = 65$ l/s auf $Q_m = 55$ l/s
2	RÜB Niederwallmenach	von derzeit $Q_m = 4$ l/s auf $Q_m = 28$ l/s
3	RÜB Rettershain	von derzeit $Q_m = 10$ l/s auf $Q_m = 8$ l/s

3. Das den Ortsgemeinden Oberwallmenach (~ 12,9 ha), Niederwallmenach (~3,6 ha) und Rettershain (~ 1,35 ha) zufließende Außengebietswasser ist von der Ortskanalisation abzuklemmen. Hierfür ist **bis spätestens zum 31.12.2011** ein schlüssiges Konzept hier vorzulegen. Ggfs. ist nach erfolgter Umsetzung eine Änderung der vorliegenden Erlaubnis bzgl. der Einleitungswassermengen erforderlich.
4. Die nicht mehr benötigten Anlagenteile (u.a. Altkläranlage Niederwallmenach) sind **bis spätestens zum 31.12.2011** ordnungsgemäß zurückzubauen. Die anfallenden Materialien sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu verwerten bzw. zu entsorgen.

...

IV. **Kostenentscheidung**

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

V. **Kostenfestsetzung**

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

175,24 € festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 175,24 €

Auslagen: 0,00 €

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 € bis 5.315,00 €) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)

BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)

bei der Sparkasse Koblenz unter Angabe des

Kassenzeichens: **2001.33.11.1.147.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

VI . **Begründung**

Die Verbandsgemeindeverwaltung Nastätten hat hier mit E-Mail vom 07.06.2011 bzw. Telefonat vom 10.06.2011 einen Antrag auf Änderung der Erlaubnis i.d.F. vom 17.06.2010 zur Einleitung von Abwasser aus der Kläranlage „Niederwallmenach“ und den vorgeschalteten Entlastungsanlagen in verschiedene Gewässer (alle III. Ordnung) beantragt.

Die im Bescheid vom 17..06.2010 festgesetzte Frist für die Inbetriebnahme des neuen RÜB „Kläranlage“ (30.06.2011) kann aufgrund des bisherigen Bauablaufs nicht eingehalten werden. Es wird seitens der Verbandsgemeinde davon ausgegangen, dass die Inbetriebnahme bis zum 31.08.2011 erfolgen kann. Hierdurch verzögern sich auch die Umstellung der Drosseln und der Rückbau der Altanlage.

In der nassen Jahreszeit (November – April) kommt es häufig zu erhöhten Fremdwasserzuflüssen. Dadurch verschlechtert sich die Reinigungsleistung der Abwasseranlage. Deshalb sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen um den Fremdwasserzulauf im Einzugsbereich der Kläranlage Niederwallmenach von der Ortskanalisation abzuklemmen (siehe auch Anordnung unter Ziffer III. Nr. 3). Die Vorlage des Konzeptes hat sich ebenfalls verzögert, da noch einige Vorarbeiten zu leisten sind.

Mit dem Bau des Regenüberlaufbecken (RÜB) und dem Ausgleichsbecken wird sichergestellt, dass der ordnungsgemäße Betrieb der Kläranlage „Niederwallmenach“ zukünftig gewährleistet ist.

Die an die Kläranlage angeschlossenen Ortslagen werden bereits überwiegend im Mischsystem entwässert. Dies entspricht nicht dem § 2 Abs. 2 LWG, wonach Niederschlagswasser möglichst am Anfallort auf der Fläche zurückgehalten und möglichst nur Schmutzwasser der Kläranlage zugeführt

werden soll. Die unmittelbare und vollständige Umsetzung der Zielvorgaben des § 2 Abs. 2 LWG wird aus Gründen der Verhältnismäßigkeit in den bereits kanalisiertem Bereichen nicht gefordert.

Neu zu erschließende und an die Kläranlage anzuschließende Gebiete sind von dieser Erlaubnis jedoch nur erfasst, sofern die Ortslage bereits im Bescheid aufgeführt ist, die Einleitungsmenge durch den zusätzlichen Anschluss nicht überschritten wird und der Kläranlage Schmutzwasser zugeführt wird.

Soll eine Entwässerung in zukünftig zu erschließenden Bereichen ausnahmsweise im Mischsystem erfolgen, ist es erforderlich, dafür eine Ergänzung der Erlaubnis zu beantragen; dem Antrag ist eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit des beabsichtigten Systems und des Abweichens von den Zielvorgaben des § 2 Abs. 2 LWG beizufügen.

Für Erweiterungen des Entwässerungsgebietes, die noch nicht von dieser Erlaubnis erfasst sind, sind rechtzeitig die Änderungen der Erlaubnis zu beantragen.

Gründe des Allgemeinwohls, die zu einer Versagung der beantragten Gewässerbenutzung führen müsste (§ 12 WHG), liegen nicht vor, so dass nach Festsetzung der für erforderlich gehaltenen Benutzungsbedingungen und Nebenbestimmungen die Erlaubnis erteilt werden konnte.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbenutzung zu unterbleiben hat und die Gewässer nachhaltig zu bewirtschaften sind (§§ 5 und 6 WHG, 26 Abs. 2 LWG).

Die im Bescheid aufgenommenen Inhalts- und Nebenbestimmungen und Hinweise sind zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen für andere und für die Ordnung des Wasserhaushalts sowie zur Vermeidung bzw. zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft geboten.

Sie beruhen auf den §§ 13 WHG und 26 Abs. 2 LWG und § 13 Abs. 1 LNatSchG.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung war im vorliegendem Fall nicht erforderlich (< 120 kg BSB₅/d (roh)).

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur, für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Kirchstraße 45
56410 Montabaur

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Im Auftrag
gez.

Rechtsgrundlagen

Stand: Mai 2011

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (**Wasserhaushaltsgesetz – WHG -**) in der Neufassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 11.08.2010 (BGBl. I S. 1163);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG**) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch § 52 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11.08.2010 (BGBl. I S. 1163)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GMBL. S. 671);
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 14.08.2009 (BGBl. I S. 2827);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2248);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S.26)
- Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001 -) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959), zuletzt geändert durch Artikel 363 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. S. 2407)
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (**Infektionsschutzgesetz- IfSG**) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17.07.2009 (BGBl. I S. 2091).
- **Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), zuletzt geändert durch Gesetz 22.06.2010 (GVBl. S. 106);
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (**Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG**) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserverordnung –AbwV**) in der Neufassung vom 17.06.2004 (BGBl. I, Nr. 28, S. 1108, 2625), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I, S. 2585)
- Landesverordnung über die **Eigenüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (EÜVOA)** vom 27.08.1999 (GVBl. S. 211), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.03.2006 (GVBl. S. 139, ber. S. 363)
- Landesverordnung über die Beseitigung von kommunalem Abwasser (**KomAbwVO**) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 441 ff), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 16.06.1999 (GVBl. S. 132 ff);
- Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserabgabengesetz – AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.08.2010 (BGBl. I S. 1163)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes AbwAG (**Landesabwasserabgabengesetz – LabwAG**) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.09.2010 (GVBl. S. 299);
- **Abgabenordnung (AO 1977)** in der Neufassung vom 01.10.2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.04.2011 (BGBl. S. 676);
- **Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG)** vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524)
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S.277);
- Richtlinie 2006/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.02.2006 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft;
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I, S. 1513);

- Süßwasserqualitätsverordnung (SüWaQuaV) vom 20.09.1997 (GVBl. Seite 244);
- Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18.07.1978 über die Qualität von Süßwasser, das schmutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (78/659/EWG)
- Gewässerprogramm- und Qualitätsziel- Verordnung vom 13.02.2001 (GVBl. S. 78), zuletzt geändert am 06.10.2004 (GVBl. S. 465);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung – VawS**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert Verordnung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 52);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG**) vom 07.08.1996 (BGBl.S.1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV**) vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19.07.2010 (BGBl. I S. 960);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung – BaustellV**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 15 der Verordnung vom 23.12.2004 (BGBl. I S. 3758);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)
- Landesumweltinformationsgesetz (**LUIG**) vom 19.10.2005
- Landesstraßengesetz (**LStrG**) in der Fassung vom 01.08.1977, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 07.07.2009 (GVBl. S. 280)
- Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.07.2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)

Empfangsbestätigung

zur vereinfachten Zustellung gemäß § 5 Abs. 2 Verwaltungszustellungsgesetz

Das Schriftstück der

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft Bodenschutz in Montabaur**

vom , Az.: 33-KA 4832

an die Verbandsgemeindeverwaltung Nastätten

Vollzug der Wassergesetze;

Einleitung von Abwasser aus der Kläranlage „Niederwallmenach“ und den vorgeschalteten Entlastungsanlagen in verschiedene Gewässer (alle III. Ordnung)

haben wir heute erhalten.

Ort, Datum, Stempel

Unterschrift

Diesen Zustellungsnachweis bitte mit Datum und Unterschrift versehen
zurücksenden an:

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft Bodenschutz
Kirchstraße 45**

56410 Montabaur